

**„Printemps arabes: mythe et fictions“.
Cinquieme Rencontre européenne
d'analyse des sociétés politiques**

Veranstalter: Réseau Europeen d'Analyse des Societes Politiques (REASOPO)

Datum, Ort: 02.02.2012-03.02.2012,

Bericht von: Klaus Schlichte, Berlin

Was an der Redeweise von den Revolutionen in Nordafrika zutreffend ist oder nicht, das wird wohl erst die weitere Entwicklung zeigen, sowohl die der politischen Realitäten wie die der Forschung zum „arabischen Frühling“. Dass gerade dieser Ausdruck nicht zutreffend ist, das wurde schon in der Ankündigung des Forschertreffens REASOPO deutlich. Béatrice Hibou und Jean-François Bayart, die Initiatoren dieses europäischen Netzwerks der politischen Soziologie¹, schrieben darin bereits von der „unhintergehbaren Historizität“ jedes einzelnen Falles, so dass vom Frühlingen im Plural die Rede sein müsse, weil sich die Vorgänge nicht auf ein einziges Muster reduzieren ließen. Zu verschiedenartig, so bestätigte sich auch in den Beiträgen des Treffens, sind die historischen, institutionellen und sozialen Bedingungen im Maghreb und Mashrek, und zu unterschiedlich auch die Verläufe. Marokko und Tunesien dienten auf dem Treffen als ausgewählte Referenzfälle, vergleichende Betrachtungen gab es dennoch.

Neben Soziologen, Ethnologen und Politikwissenschaftlern waren in Paris aber auch Aktivisten aus Tunesien und Marokko vertreten, und so wurde der Mythos von der „Facebook“-Revolution schon in den ersten Beiträgen des Treffens zerstört. Nicht die Mobilisierung über Handys und Computer, sondern die gewerkschaftlich organisierte Opposition, die in den Provinzstädten mit Streiks bereits 2008 begann, war der Auslöser und die tragende Kraft der Ereignisse. Auch die massive Repression des Regimes gegen die Proteste in den Landesteilen sorgte für die Ausbreitung der Opposition, die zahlreiche Einzelgewerkschaften, Berufsverbände und Menschenrechtsorganisationen zusammenführte. Adnan Hajji, Lehrer und Gewerkschafter aus Redeyef, war einer der Organisatoren dieser ersten Streiks, die ihm mehr-

jährige Haftstrafen einbrachten. Sein Ausblick auf die nahe Zukunft Tunesiens geriet jedoch eher pessimistisch: Die Übergangsregierung enthielte immer noch zahllose alte Kader des Regimes, ein wirklicher Dialog mit der Bevölkerung sei noch nicht in Gang gekommen, und die Aussichten für die von Arbeitslosigkeit gekennzeichnete wirtschaftliche Lage seien nicht besser geworden.

Das Ende des Regimes von Ben Ali könne man, so Béatrice Hibou (CNRS, Paris), daher eher als Klassenkonflikt denn als „facebook“-Revolution interpretieren, ohne dass die Vorgänge auf ökonomische Interessen reduzierbar wären. Wahrnehmungen, Stimmungen und nicht zuletzt die Gefühle seien ein wesentlicher Faktor in der Verkettung der Ereignisse gewesen. Sie verwies dabei auf die analogen Befunde von Jean Nicolas² zu den Rebellionen in Frankreich vor der Revolution von 1789.

Auch Slim Tissauoi, ein anderer Gewerkschafter, und Ridha Raddaoui, Anwalt und Menschenrechtsaktivist aus Tunis, sehen das autoritäre Erbe des postkolonialen Staates noch lange nicht überwunden: Das Übergangsregime habe es geschafft, den Westen wegen dessen Sorgen über die Islamisten zu beruhigen, aber unbeachtet von der globalen Öffentlichkeit gingen Streiks und Proteste weiter.

Einen tatsächlich anderen Weg scheint die „soziale Frage“ in Marokko bewirkt zu haben. Mohamed Tozy, Professor für Politikwissenschaft in Aix-en-Provence und in Casablanca berichtete von seiner Mitwirkung in der Kommission zur Reform der Verfassung, die König Mohamed VI. einberufen hatte. Nicht nur in dieser Kommission, deren 150 Mitglieder von der Frauenbewegung über Menschenrechtsgruppen bis zu hohen Staatsbeamten alle gesellschaftlichen Organisationen integrieren sollte, sondern auch in einer dezidierten Beschäftigungspolitik soll dem wachsenden Problem der Jugendarbeitslosigkeit, der sozialen und politischen Desintegration entgegen gewirkt werden. Doch Kamal Labhib, ein politischer Aktivist mit Hafterfahrung aus Casablanca, sieht darin keinen „Frühling“. Er

¹ Vgl. URL: <http://www.fasopo.org/reasopo.htm>.

² La Rébellion française, mouvement populaires et scientifiques sociale, 1661-1789, Paris 2002.

betont die fortgesetzte Herausforderung der politischen Herrschaft, die indes in Marokko wie in Tunesien darunter leide, dass die Forderungen so divers seien, dass sie nicht leicht in Parteien zu organisieren wären. Eine politisch handlungsfähige Linke gebe es weder in Tunesien noch in Marokko. Das Hauptproblem sei jedoch, dass dort Jahr für Jahr 450.000 Menschen neu auf den Arbeitsmarkt drängten, während die neoliberalen Reformen die Patronage-Chancen des öffentlichen Sektors vermindert hätten.

Im zweiten Teil des Treffens, der den adhoc-Institutionen der Übergangszeit gewidmet war, kam dann auch der Fall Libyen in den Blick. Jean Pierre Filiu (Sciences Po, Paris), der als einer der ersten zu den Umstürzen publiziert hat³, zeichnete hier ein noch skeptischeres Bild: Die Gewalt nehme zu, während die politische Landschaft weiter fragmentiere. Auch sei hier der Begriff „Revolution“ ganz unangemessen, es handele sich einfach um einen Bürgerkrieg, denn das alte Regime habe nachweislich Rückhalt in bestimmten Bevölkerungsgruppen gehabt. Im Unterschied zu Tunesien gebe es in Libyen aber keine landesweiten Organisationen, so dass die neue politische Konstellation von lokalen und regionalen Loyalitäten geprägt sei, allerdings unter Bedingungen der Gewalt. Die bewaffneten Jungen verweigerten die Integration in die nationale Armee, weil sie um ihren Status fürchten und der Sold ihnen als Lohn für das Risiko zu gering erschiene. Weil der Fluss der Ressourcen aber bis heute intransparent sei, steige das Misstrauen und damit die Wahrscheinlichkeit weiterer Gewalt.

Im dritten Teil des Treffens ging es dann um die Bedeutung der islamistischen Parteien in Tunesien und Marokko, mit Seitenblicken auf die Türkei und Mauretanien. Alle Referenten hoben hier hervor, dass der Terminus „islamistisch“ von allen so bezeichneten Parteien abgelehnt würde, wohlwissend um die Assoziationen, die der Begriff im Westen auslöse. Bilal Tlaidi, Repräsentant der marokkanischen Partei „Nationaler Rat für Gerechtigkeit und Entwicklung“, hielt seinen Kurzvortrag auf Arabisch, Mohamed Tozy übersetzte. Tlaidi betonte ebenso wie Omar Iharchane, Repräsentant der in Marokko nicht zugelassenen Partei „Ad Adl Wal Ihsane“, dass keine

der „islamistisch“ genannten Parteien in Marokko oder Tunesien eine Theokratie wolle. Sie seien vielmehr Bewegungen, die die Rationalisierung des Staates erzwingen wollten und eine Demokratisierung der Institutionen forderten. Ajmi Lourimi (Tunis) betonte ebenso, dass am Islam orientierte Parteien im Maghreb als legitimer Teil des politischen Spektrums angesehen würden, ein großer Teil der Wähler wünsche sie sich in gemischten Koalitionen. Auch Merieme Yafout, Doktorandin an der Universität Casablanca, hob die Orientierung dieser Parteien an republikanischen Normen hervor, ihre Programme seien der Modernisierung gewidmet, wenn auch von Moralisierung geprägt, so dass sie von manchen sogar als „halal-Neoliberalismus“ verspottet würden. Mohamed Kerrou, Professor für Soziologie in Tunis, betonte, dass an den religiösen Parteien die Demokratiebewegungen und der aufgebrochene politische Wettbewerb nicht spurlos vorbeigegangen seien. Ihre Tendenz zur Säkularisierung und die stärkere Anerkennung der Religion im westlichen Denken seien vielleicht Ankündigung einer neuen Begegnung.

Im leider kurz geratenen Schlussteil des „rencontre“ unter dem Titel „les printemps arabes vus de Chine“ („die arabischen Frühlinge von China aus gesehen“) sprachen dann Antoine Kernen (Universität Lausanne) und Jean-Louis Rocca (CERI, Paris, Beijing) über die Reaktionen in der Volksrepublik China auf die Ereignisse im vergangenen Winter. Die Aufrufe von in den USA basierten Websites zu analogen Protesten führten zwar zu Versammlungen, aber nur von Polizisten. Die Mehrheit der chinesischen Bevölkerung, so Rocca, hinge einem kulturalistischen Kleinbürgertum an: Die politische Liberalisierung würde zwar irgendwann kommen, aber sie sofort zu verlangen, dafür sei auf dem chinesischen Markt der Preis der Unordnung zu hoch. „Konsum als Opium für das Volk“, so Kernen, sei das chinesische Integrationsmodell. Im Übrigen dürfe man nicht vergessen, dass Streiks, Proteste und Demonstrationen in China längst zum Alltag gehörten. Sie würden geduldet, solange sie nur Einzelfragen thematisierten.

³ Jean Pierre Filiu, *La révolution arabe: Dix leçons sur le soulèvement démocratique*, Paris 2011.

Zwar hat dieses Treffen etwas darunter gelitten, dass der regional wichtigste Fall, nämlich Ägypten, nur am Rande thematisiert wurde. Aber in der Beschränkung lag auch ein Gewinn der Genauigkeit, der dadurch möglich war, dass die beiden Einladenden in ihren jüngeren Forschungen ihr europäisches Netzwerk noch einmal erweitert haben. Béatrice Hibou Buch⁴ ist eines der wenigen Werke in der etablierten Politikwissenschaft das Mechanismen der Unterdrückung in Tunesien analysierte. Jean-François Bayart hat die auch in Frankreich verbreiteten islamfeindlichen Positionen mit der politischen Realität in islamisch geprägten Staaten konfrontiert.⁵ Das eintägige Treffen hat auch davon profitiert, dass sich in Frankreich ein enger Kontakt zum Maghreb erhalten hat, nicht nur über Migrantenströme, sondern auch in den Sozialwissenschaften. Es lag wohl an beiden Voraussetzungen, dass ein solch profunder und reicher Rundumblick an einem Tag möglich war. Es zeigte sich aber auch, dass sozialwissenschaftliche Treffen nicht darunter leiden müssen, wenn an ihnen politische Aktivisten teilnehmen statt der viel häufiger präsenten Staatsrepräsentanten.

Programme

Jeudi 2 février 2012 17h – 20h

Leçon du Cycle européen d'études africaines du Département de science politique de l'Université Paris-I Panthéon Sorbonne, avec le concours du Reasopo:

« Anthropologie de la mort à Kinshasa » par Filip De Boeck (Louvain)

Le débat sera introduit par Peter Geschiere (Amsterdam), John Lonsdale (Cambridge) et Ramon Sarró (Lisbonne & Oxford)

Vendredi 3 février 2012 9h45 – 19h

10h – 10h30 Projection d'un court-métrage sur le conflit dans le Bassin minier de Gafsa (2008)

10h30 – 13h Atelier I : La question sociale : le révélateur tunisien

Présidente : Béatrice Hibou (Paris) avec Ridha Raddaoui (Gafsa & Tunis), Adnan Hajji (Redeyef) et Slim Tissaoui (Jendouba)

Contrepoint : Irene Bono (Turin & Rabat), Boris Samuel (Paris), Marc Valeri (Exeter) et Kamal Lahbib (Casablanca)

14h30 – 15h45 Atelier II : L'ingénierie du

provisoire : les institutions ad hoc

Président : Michal Kozlowski (Varsovie) avec Mohamed Tozy (Casablanca & Aix-en-Provence), Ridha Raddaoui (Gafsa & Tunis) et Samir Rebhi (Kasserine) Contrepoint : Jean-Pierre Filiu (Paris)

16h – 18h Atelier III : Vers une offre islamique d'Etat séculier ? Président : Mohamed Tozy (Casablanca & Aix-en-Provence)

avec Omar Iharchane (Casablanca), Bilal Tlaidi (Rabat), Merieme Yafout (Casablanca) et Ajmi Lourimi (Tunis)

Contrepoint : Ahmet Insel (Istanbul), Mohamed Kerrou (Tunis), Stéphane Lacroix (Paris) et Zekeria Ahmed Salem (Nouakchott)

18h15 – 19h Clôture: D'un jasmin à l'autre? Les Printemps arabes vus de Chine

avec Antoine Kernen (Lausanne), Françoise Mengin (Paris) et Jean-Louis Rocca (Paris)

Tagungsbericht „*Printemps arabes: mythe et fictions*“. *Cinquieme Rencontre europeene d'analyse des sociétés politiques*. 02.02.2012-03.02.2012, in: H-Soz-u-Kult 21.04.2012.

⁴ Béatrice Hibou, *La force de l'obéissance: Economie politique de la répression en Tunisie*, Paris 2006.

⁵ Jean-François Bayart, *L'islam republicain*, Ankara-Téhéran-Dakar-Paris 2010.